



Center for Research in Economics, Management and the Arts

Wirtschaft, Politik, Wirtschaftspolitik

René L. Frey

Öffentliche Abschiedsvorlesung in der Aula der Universität Basel, 30. März 2004

CREMA Beiträge zur aktuellen Wirtschaftspolitik No. 2004-01

Wirtschaft, Politik, Wirtschaftspolitik

Prof. Dr. René L. Frey

Ordinarius für Nationalökonomie an der Universität Basel

Herr Rektor
Herr Präsident des Universitätsrates
Herr Dekan
Werte Regierungsräte, Nationalrätinnen, Ständeräte,
Grossrätinnen und Landräte
Geschätzte Kolleginnen und Kollegen
Frühere und heutige Assistierende und Studierende
Liebe Mitstreiter und Freunde
Liebe Familie
Meine Damen und Herren

1. Einleitung

Wenn ich auf mein Leben an der Universität Basel zurück blicke, so fällt mir auf, dass immer wieder die Zahl 3 auftaucht:

- *drei Arbeitsorte in Basel:*
 - bis 1988 das Institut für Sozialwissenschaften ISW am Petersgraben 29,
 - seit 1988 das Wirtschaftswissenschaftliche Zentrum WWZ am Petersgraben 51 und
 - von 1994 bis 1998 das Rektorat am Petersplatz 1 bzw. Petersgraben 35.
- *drei Wirkungsorte:*
 - zur Hauptsache Basel (Stadt und Land): Universität, Wirtschaft, Regierung und Verwaltung,
 - Bern: Nationalfonds und Bundesverwaltung,
 - Zürich: Kooperation mit der ETH.
- *drei Aufgabenbereiche:*
 - Lehre: rund 8000 Studentinnen und Studenten, über 100 Doktoranden, 75 Assistenten und Assistentinnen,
 - Forschung: fast 10'000 publizierte Seiten und
 - Beratung: für Kantone und Gemeinden, den Bund, öffentliche und private Unternehmungen, Verbände und internationale Organisationen.
- *drei Fächer:*
 - Allgemeine und schweizerische Wirtschaftspolitik,
 - Öffentliche Finanzen,
 - Räumliche Wirtschaft: Regional-, Stadt-, Umwelt- und Verkehrsökonomie.

- *drei Anliegen und Ziele:*
 - Effizienz und Innovation,
 - Sozialer Ausgleich und Kohäsion,
 - Umwelt- und Ressourcenschutz.

Welche allgemeingültigen Erkenntnisse habe ich in den 40 Jahren als Dozent, Forscher und Berater gewonnen? Welche Folgerungen und Empfehlungen kann ich an Sie weitergeben? Zur Beantwortung dieser Fragen möchte ich Sie einladen, mit mir zusammen durch das Dreieck «Wirtschaft, Politik und Wirtschaftspolitik» zu wandern.

Ich habe meinen Studierenden immer empfohlen, bei wirtschaftspolitischen Fragestellungen die Strukturierung «Ziele, Mittel, Träger» zu wählen. Nach diesem Raster will ich auch heute vorgehen. Dabei werde ich meine theoretischen Überlegungen jeweils an Hand von Beispielen aus meinen Tätigkeiten in Lehre, Forschung und Beratung konkretisieren.

2. Ziele der Wirtschaftspolitik

Vor fast hundert Jahren hat der Soziologe Max Weber den Wissenschaftlern das Recht abgesprochen, selbst Werturteile zu fällen. Dies sei Sache der Bürger und Politiker. Das Webersche Werturteilsverbot haben viele Ökonomen – bewusst oder unbewusst – als Rechtfertigung genommen, sich auf das Erklären von ökonomischen Phänomenen und die Analyse von Ursache-Wirkungszusammenhängen zu beschränken, das heisst, sich aus der praktischen Wirtschaftspolitik herauszuhalten.

Es ist nicht zu bestreiten, dass Wirtschaftspolitik mit Zielen und damit mit Werturteilen zu tun hat. Dennoch bin ich der Meinung, dass sich Wirtschaftswissenschaftler mit Zielen beschäftigen können und müssen, und zwar im Hinblick auf folgende Fragestellungen:

- In welchen formalen Beziehungen stehen die Ziele zueinander? Wie sieht die Zielhierarchie aus?

- In welchen inhaltlichen Beziehungen stehen die Ziele einer bestimmten Zielebene zueinander? Bestehen Zielharmonien oder Zielkonflikte?
- Welche Ziele könnte man in einem bestimmten Politikbereich überhaupt verfolgen wollen?
- Welches sind die Auswirkungen einer bestimmten politischen Zielgewichtung?

Ich möchte Ihnen das Zielsystem vorstellen, das mir bei verschiedensten Gelegenheiten geholfen hat, Ordnung in die gesamte Zieldiskussion zu bringen.

Auf der obersten Zielebene stehen sehr allgemein formulierte Ziele: Wohlfahrt, Lebensqualität, Glück, nachhaltige Entwicklung. Es handelt sich dabei um Leerformeln, in die alle, Sie und ich, höchst Unterschiedliches hinein interpretieren können. Diese Tatsache erleichtert die politische Konsensfindung, reicht jedoch nicht für die Konzipierung von Programmen und Massnahmen. Die Konkretisierung geschieht in einem ersten Schritt durch gesellschaftspolitische Ziele, wie sie in Verfassungen zu finden sind: Freiheit, Gerechtigkeit, Sicherheit und Fortschritt. Auch dies sind Leerformeln. Eine weitere Konkretisierung erfolgt durch wirtschaftspolitische Ziele: Verbesserung der Güterversorgung, sozialer Ausgleich, konjunkturelle Stabilität und internationale Solidarität. Für die einzelnen Politikbereiche – zum Beispiel die Finanzpolitik, Sozialpolitik, Umweltpolitik, Bildungspolitik oder Geldpolitik – müssen diese Ziele dann nochmals weiter konkretisiert werden.

Selbstverständlich können Zielsysteme auch noch anders denn als Zielbaum dargestellt werden, beispielsweise als «magische Vielecke» – magisch deshalb, weil es schwierig ist, alle Ziele gleichzeitig zu erreichen. Es braucht einen wirtschaftspolitischen Zauberer. Bekannt geworden sind beispielsweise das magische Dreieck der 1930er und 40er Jahre mit Vollbeschäftigung, Preisstabilität und Zahlungsbilanzausgleich, und das um Wirtschaftswachstum und gerechte Einkommensverteilung erweiterte magische Fünfeck der 50er und 60er Jahre. Seither ist nochmals ein Ziel hinzugekommen: der Umweltschutz. Im Zuge des globalen Standortwettbewerbs sind zudem gewisse Ziele umformuliert worden.

Es ist wohl einleuchtend, dass mit der Ausweitung des Zielbündels Wirtschaftspolitik anspruchsvoller geworden ist. Hinzu kommt, dass mit den Veränderungen der exogenen Rahmenbedingungen und der Wertvorstellungen der Bevölkerung die Ziele einer ständigen Umgewichtung unterliegen. Zunächst standen kürzerfristige Stabilitätsziele im Vordergrund. Es ging darum, Vollbeschäftigung zu erreichen, ohne Inflation oder Zahlungsbilanzungleichgewichte auszulösen. Mit der Anreicherung des Zielkatalogs um Wirtschaftswachstum und Verteilungsgerechtigkeit erfolgte eine Ausweitung auf mittlere Sicht, den

Trend und nicht die zyklischen Schwankungen um den Trend. Das Aufkommen des Umwelt- und Ressourcenschutzes zwang schliesslich zu einer längerfristigeren Optik.

In der Wachstumstheorie wurden die Bedingungen einer langfristig stabilen Entwicklung schon seit langem mit Hilfe von Steady-State-Modellen untersucht. Den politischen Durchbruch hat diese Sichtweise jedoch erst mit dem Aufkommen der Nachhaltigkeitsidee erfahren. Unter «Nachhaltiger Entwicklung» versteht man seit dem 1987 erschienenen Brundtland-Report «eine Wirtschaftsentwicklung, welche die Bedürfnisse der heute Lebenden erfüllt, ohne die Fähigkeit künftiger Generationen, die eigenen Bedürfnisse zu erfüllen, zu beeinträchtigen». Anders formuliert: Es geht darum, ökonomische, ökologische und soziale Anliegen in ein Gleichgewicht zu bringen:

- ökonomisch: Sicherung der materiellen Lebensgrundlagen durch Wettbewerbsfähigkeit,
- sozial: Sicherung der immateriellen Lebensgrundlagen durch Ausgleich und Kohäsion,
- ökologisch: Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen durch Umwelt-, Landschafts- und Ressourcenschutz.

Heute gibt es kaum mehr Regierungsberichte und Politiker, die auf die süffige Formel «Nachhaltige Entwicklung» verzichten. Dem kritischen Beobachter bleibt allerdings kaum verborgen, dass dieses Label häufig nicht viel mehr ist als eine neue Verpackung alter Anliegen. Aber immerhin: Die Zahl 3 taucht wieder auf.

3. Mittel der Wirtschaftspolitik

Ich komme – nach der Diskussion der Ziele der Wirtschaftspolitik – zu den Mitteln: Was wird getan, um Ziele zu verwirklichen? Diese Frage impliziert eine deskriptive Sicht. Den akademischen Wirtschaftspolitiker interessieren aber noch zwei weitere Fragen: Wie können Ziele überhaupt erreicht werden? Und: Wie können sie bestmöglich erreicht werden? Dies ist die präskriptive Sicht.

Dem Analytiker der Wirtschaftspolitik fällt auf, dass in der realen Wirtschaftspolitik immer wieder versucht wird, mit einem Instrument gleichzeitig mehrere Ziele zu erreichen. Jan Tinbergen – ein Holländer, der 1969 als erster den neu geschaffenen Nobelpreis für Ökonomie erhielt – hat theoretisch nachgewiesen, dass dies in der Regel entweder nicht gelingt oder mit unnötig hohen Kosten, das heisst Wohlstandsverlusten, verbunden ist. Die so genannte Tinbergen-Regel verlangt als grobe Leitlinie für die Wirtschaftspolitik: «Zahl der Ziele = Zahl der Instrumente». Mit anderen Worten: Wenn neue Ziele verfolgt werden sollen, braucht es in der

Regel auch neue Instrumente. Und: Ein Mangel an Instrumenten führt zu Wohlfahrtsverlusten.

Ich möchte die Tinbergen-Regel an einem Beispiel verdeutlichen und dabei auch zeigen, dass die Politik lernfähig ist. Das Beispiel ist die Universitätsförderung seitens des Bundes. Angestrebt wurden in der Vergangenheit zwei Ziele: die kostengünstige Ausbildung von Studierenden und der Abbau regionaler Disparitäten. Die direkte Förderung der kantonalen Universitäten durch den Bund erfolgte mittels Subventionen, die sich nach der Höhe der Ausgaben der Kantone für ihre Hochschulen und nach der Finanzkraft der Kantone richteten. So betragen die Subventionssätze für die laufenden Universitätsausgaben im Falle des finanzstarken Kantons Basel-Stadt 10 Prozent, jene des mittelstarken Kantons Waadt 20 Prozent und jene des finanzschwachen Kantons Neuenburg 30 Prozent (alle Zahlen grob gerundet). Die Subventionssätze für Investitionen lagen deutlich höher (30, 40, 50 Prozent) und waren ebenfalls nach der Finanzkraft der Kantone abgestuft. Der Bund verfolgte damit zwei völlig unterschiedliche Ziele: erstens ein Allokationsziel, die Ermunterung der Kantone, genügend viele kostengünstige Studienplätze bereit zu stellen, und zweitens ein Verteilungsziel, den Ausgleich zwischen finanzstarken und finanzschwachen Kantonen.

Konnten diese Ziele wirtschaftlich, das heisst mit möglichst geringem Mitteleinsatz, erreicht werden? Nein. Denn erstens ist es purer Zufall, wenn finanzschwache Kantone tiefere Kosten pro Studienplatz als finanzstarke Kantone haben. Eher ist anzunehmen, dass die grossen Universitäten von reichen Kantonen bei gleichem Leistungsangebot und gleicher Qualität tiefere Durchschnittskosten aufweisen. Das Allokationsziel wird also nur zufällig erreicht. Und zweitens betreiben nur sehr wenige finanzschwache Kantone eine Universität. Viele arme Kantone können daher von der Subventionsabstufung nach der Finanzkraft gar nicht profitieren. Das regionale Umverteilungsziel wird also auch nicht erreicht. Für das Allokationsziel, die kostengünstige Ausbildung von Studierenden, hätte der Bund die reichen Universitätskantone stärker subventionieren müssen. Und für den Abbau der interkantonalen Disparitäten hätte er den armen Kantonen mehr geben müssen.

Mit der in letzter Zeit eingetretenen Änderung in der Mitfinanzierung der kantonalen Universitäten durch den Bund hat man diese Mängel teilweise behoben. Und mit dem Neuen Finanzausgleich wird eine weitere Verbesserung eintreten: Die Umverteilung zwischen ressourcenstarken und ressourcenschwachen Kantonen wird in Zukunft sauber von den Finanzierungsbeiträgen des Bundes zur Förderung der kantonalen Hochschulen getrennt – dies gemäss der Tinbergen-Regel: Zahl der Ziele = Zahl der Instrumente. Sowohl die Hochschulförderung als auch der Finanzausgleich

werden dadurch transparenter, besser steuerbar und hoffentlich letztlich auch kostengünstiger.

Wenn Sie mir, meine Damen und Herren, einen kleinen Einschub erlauben. Zum Neuen Finanzausgleich und zur Neugestaltung der Hochschulfinanzierung haben wir im WWZ für Bund und Kantone insgesamt drei Gutachten – drei, meine magische Zahl! – verfasst sowie in diversen Arbeitsgruppen mitgearbeitet, um diese Politikreformen gedanklich vorzubereiten.

4. Träger der Wirtschaftspolitik

Als wirtschaftspolitischer Berater ist man nicht häufig in der glücklichen Situation, die eigenen Vorschläge auf fruchtbaren Boden fallen zu sehen, wie mir dies beim Neuen Finanzausgleich geschehen ist. (Allerdings kann der NFA in der Volksabstimmung im Herbst 2004 immer noch scheitern.)

Die wenigsten Gutachten und Vorschläge werden politisch umgesetzt: Die Erfahrung zeigt nämlich: Alle Institutionen – Bund, Kantone, Gemeinden, politische Parteien, Verbände, Gewerkschaften, NGOs – verfügen über geräumige Schubladen, in welche Gutachten und Berichte, die inhaltlich und/oder zeitlich falsch liegen, versorgt – entsorgt – werden und in denen sie selig schlummern können. Häufig braucht der Ökonom eine hohe Frustrationstoleranz – wenn er nicht überhaupt die einfachere Lösung wählt, nämlich die Flucht in die formale Welt der Theorie. Diese heute hochmathematische Welt verstehen die wirtschaftspolitischen Praktiker nicht mehr. Konsequenz: Die vielen gescheiterten Erkenntnisse von solchen Theoretikern bleiben unbeachtet, ausser durch einige wenige ebenfalls hoch spezialisierte Fachkollegen.

Als ein Mensch, der vor allem das Positive sieht – mit dieser Haltung lebt man besser! –, habe ich bezüglich Akzeptanz von wirtschaftspolitischen Ideen ausserhalb der Wirtschaftswissenschaft drei Erfahrungen gemacht.

- Erstens: Es braucht ein Zeitfenster – neuhochdeutsch ein «window of opportunity» –, damit innovative Ideen in die Tat umgesetzt werden können. Zeitfenster gehen dann auf, wenn sich wirtschaftlich-gesellschaftliche Situationen drastisch verschlechtern oder wenn veränderte Rahmenbedingungen von aussen einen Zwang schaffen, Probleme neu anzupacken. Dazu ein Beispiel: Ich habe 1972 meinen ersten Vortrag über Umweltökonomie gehalten und darin für marktwirtschaftliche Instrumente plädiert. Die Reaktion: Gut, interessant, aber völlig utopisch. Es sei doch viel einfacher, durch Appelle an das Gute im Menschen dessen Verhalten zu ändern. Und, falls das nichts nützt, hätten wir ja noch die Gebote und Verbote. In der Zwischenzeit hat man erkannt, dass das gute Zureden nicht ausreicht und polizeirechtliche Massnahmen, da mit hohen Kosten

verbunden, Widerstände provozieren. Mittlerweile kennen wir im Umweltschutz eine grosse Zahl von marktwirtschaftlichen Instrumenten: Kehrichtsackgebühren, lärmabhängige Landtaxen, leistungsabhängige Schwerverkehrsabgabe LSVA, VOC-Abgabe, CO₂-Abgabe, usw. usf. Ich gebe sofort zu: Die Ausgestaltung dieser Instrumente ist nicht immer so, wie man sich dies als Wirtschaftswissenschaftler wünschen würde. Doch Schritte in die richtige Richtung sind durchaus zu verzeichnen.

- Zweitens: Es wäre naiv anzunehmen, theoretisch wunderschöne Lösungen liessen sich in die Tat umsetzen, wenn diese Lösungen den Interessen der politischen und wirtschaftlichen Entscheidungsträger zuwider laufen. Doch auch hier hat die Wirtschaftswissenschaft Fortschritte zu verzeichnen. Der Public Choice-Ansatz – auch Neue Politische Ökonomie genannt – hat in den letzten 50 Jahren ein Analyseinstrumentarium geschaffen, das zeigt, wie sich Politiker, Chefbeamte, Verbandsmanager, Gewerkschaftler verhalten. Auch sie verfolgen Einzelinteressen – nicht in jedem Einzelfall, jedoch im Grossen und Ganzen.

- Politiker (und Parteien) wollen wieder gewählt werden. Mit theoretisch guten, aber unpopulären Ideen ist dies nicht zu schaffen.
- Chefbeamte kämpfen für eine möglichst grosse Zahl von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie ein möglichst grosses Budget. Sie können ihre Fähigkeiten ja nicht wie private Unternehmer durch hohe Umsätze und Gewinne beweisen.
- Interessenvertreter setzen sich für die eigenen Mitglieder ein. Hätten sie nur das Allgemeinwohl im Kopf, so wären sie ihren Job bald los.

- Drittens: Man muss als Berater seine Überlegungen allgemein verständlich darstellen und den Mut zur Vereinfachung haben, das heisst, komplizierte theoretische Konstrukte auf den harten Kern reduzieren. Die typische Argumentation von Wirtschaftswissenschaftler «on the one hand, on the other hand» brachte schon Präsident Truman in Rage. Er wünschte sich daher als Berater «einarmige Ökonomen».

5. Wirtschaftswissenschaftler als Politikberater

Welches ist die Rolle des wirtschaftswissenschaftlichen Beraters? Wenn wir Ökonomen kommen und Ratschläge erteilen, die den Interessen jener, welche Entscheidungen zu treffen haben, widersprechen, so müssen wir uns nicht wundern, wenn unsere Ratschläge in der Schublade verschwinden. Sollen wir deswegen resignieren? Nein. Denn der Public Choice-Ansatz liefert auch Hinweise, wo Ansatzpunkte für politische und wirtschaftspolitische Reformen bestehen. Dazu ein paar Stichworte:

- Wissenschaftler können mit der Waffe «Information» kämpfen, indem sie ihre Ideen und Argumentationen in die wirtschaftspolitische Diskussion einbringen. Das Befriedigendste, was einem als Wissenschaftler dabei passieren kann, ist, dass politische Entscheidungsträger unsere Überlegungen und Vorschläge am Schluss zu ihren eigenen machen.

Meine stille Hoffnung ist also, dass möglichst viele der hier anwesenden Persönlichkeiten aus Politik und Wirtschaft in Zukunft die Tinbergen-Regel verinnerlichen und regelmässig damit arbeiten.

- Wir Wissenschaftler haben – fast als Einzige – das Privileg, uns mit Fragen und Problemen beschäftigen zu können, die nicht auf der politischen Agenda der Gegenwart stehen. Wir haben die «Narrenfreiheit», Dinge zu untersuchen, Erkenntnisse zu gewinnen und Lösungen zu erarbeiten, für die im Augenblick niemand Interesse hat, die aber vielleicht später einmal irgend jemand aufnehmen und umsetzen kann.

Ein Beispiel: Die theoretischen Grundlagen für die marktwirtschaftlichen Instrumente des Umweltschutzes haben Arthur Pigou um 1920 mit seiner wohlfahrtsökonomischen Theorie der externen Effekte und Ronald Coase 1960 mit seiner Theorie der Eigentumsrechte geschaffen. Rezipiert und in konkrete wirtschaftspolitische Konzepte umgewandelt wurden diese Ansätze aber erst viele Jahrzehnte später.

- Bei der Erarbeitung von wirtschaftspolitischen Vorschlägen ist es wichtig, nicht nur die Effizienz- und Wachstumswirkungen zu untersuchen, sondern auch die Verteilungswirkungen. Welche Gruppen gehören zu den Gewinnern, welche zu den Verlierern? Davon hängt nämlich ab, ob in einer bestimmten Situation ein Vorschlag eine Realisierungschance hat oder nicht.

- Es fallen dem wirtschaftspolitischen Berater keine Zacken aus der Krone, wenn er sich neben der Ideallösung auch auf die Suche nach zweit- und drittbesten Lösungen macht – gewissermassen die Ideallösung als Leitstern, die anderen als (hoffentlich) praktisch realisierbare Lösungen.

- Die Umsetzungschancen von wissenschaftlich erarbeiteten Konzepten sind grösser, wenn es gelingt, so genannte Win-Win-Massnahmen zu finden. Zu solchen – im Ökonomenjargon paretooptimalen – Lösungen kommt es, wenn entweder die Verlierer durch die Gewinner kompensiert werden können oder Probleme auf dem Verhandlungswege partnerschaftlich gelöst werden können. Mit anderen Worten: Hoheitliche Massnahmen erfolgen top-down. Neben Gewinnern schaffen sie auch Verlierer. Verständlicherweise leisten die Verlierer Widerstand – offen auf politischem oder gerichtlichem Wege, versteckt durch Blockierung oder Verzögerung. Die Folge: Ziele werden nur teilweise oder, gemessen an der

ursprünglichen Absicht, verfälscht erreicht. Ein gutes Beispiel hierfür findet sich in der Raumplanung: Obwohl deren Hauptziel klar auf die haushälterische Bodennutzung ausgerichtet ist, geht die Zersiedelung munter weiter. Pro Sekunde wird in der Schweiz fast 1 m² Boden neu überbaut. Angesichts dieses Versagens der Raumplanung überrascht es nicht, dass nach Instrumenten und Massnahmen gesucht wird, welche die angestrebte innere Verdichtung statt gegen die Marktkräfte unter Nutzung der Marktkräfte zu erreichen erlauben. Die Frage ist hier, ob es auch für die Raumplanung marktwirtschaftliche Instrumente gibt, ähnlich jenen, die für den Umweltschutz entwickelt worden sind. Unter dem Stichwort «Regional Governance» werden heute im In- und Ausland Konzepte erarbeitet, welche auf Grund neuer Spielregeln den Anspruchsgruppen in diesem Sinne erlauben, raumplanerische Ziele auf dem Wege von Verhandlungen zu erreichen – bottom-up statt top-down durch staatliche Vorschriften.

- Eine weitere Art der Problemlösung gibt es auf der konstitutionellen Ebene. Wir alle wissen nicht, in welcher Position wir uns als Einzelperson, Gruppe oder Region in einer entfernteren Zukunft befinden werden. In der Politischen Ökonomie ist vom «Schleier der Ungewissheit» die Rede. Wir sind daher daran interessiert, effiziente und faire Problemlösungen vorzubereiten, unabhängig davon, ob wir dereinst zu den Gewinnern oder Verlierern der Massnahmen gehören werden. Ein Beispiel: Wenn ich nicht weiss, ob ich in zehnzwanzig Jahren immer noch wie heute überdurchschnittlich verdiene, stimme ich bestimmten sozialpolitischen Programmen zu und nehme schon heute entsprechende Kosten auf mich. Ich sichere mir auf diese Weise finanzielle oder sonstige Hilfe, von der ich profitieren kann, wenn es mir einmal schlecht gehen sollte.

6. Schlussbemerkungen

Ich komme zum Schluss. Erlauben Sie mir noch fünf Bemerkungen:

- Erstens eine etwas sarkastische: Es wäre vermutlich eine Katastrophe, wenn alles, was sich Wirtschaftswissenschaftler an Lösungen für die Wirtschaftspolitik je ausgedacht haben, tel quel realisiert worden wäre. Eine gewisse Bescheidenheit scheint mir angebracht. Politik ist ein dialektischer Prozess. Thesen provozieren Antithesen und bilden die Grundlage für Synthesen. Ich habe meine Aufgabe als akademischer Wirtschaftspolitiker darin gesehen, einen Beitrag zu diesem Dialog zu leisten.
- Zweitens: Ich habe in meiner Abschiedsvorlesung zu zeigen versucht, dass Wirtschaftspolitik als universitäre Disziplin eine spezifische Denkweise beinhaltet und über spezifische Konzepte verfügt. Wirtschaftspolitik

muss zwar auf der Wirtschaftstheorie aufbauen. Dies ist unbestritten. Das Fach Wirtschaftspolitik sollte an Universitäten jedoch nicht als blosses Anhängsel an eine Wirtschaftstheorie behandelt werden, welche wirtschaftspolitische Fragestellungen nur als Beispiele für bestimmte theoretische Ansätze verwendet. Wirtschaftspolitik ist ein eigenständiges Teilgebiet der Wirtschaftswissenschaft.

- Drittens benütze ich die Gelegenheit, viele Akteure der praktischen Wirtschaftspolitik als Zuhörerinnen und Zuhörer vor mir zu haben, um festzustellen: Die Basler und die Schweizer sind tolerant. Als wirtschaftspolitischer Berater hatte ich nie das Gefühl, durch Wirtschaft, Politik oder Verwaltung für unbequeme Aussagen «bestraft» worden zu sein.
 - Viertens: Wie geht es weiter? Die Ökonomie wird mich fest im Griff behalten. Ich bin oder werde Präsident der Senioren-Universität, der Vereinigung Basler Ökonomen VBÖ und des Rates für Raumordnung, einer bundesrätlichen Expertenkommission. Also wiederum die Zahl 3! Ich werde zwar morgen meine universitäre Tätigkeit abschliessen. Doch Vieles geht weiter: Herausgabe und Redaktion unserer internationalen Zeitschrift KYKLOS, Weiterbildungskurse, Forschungs- und Publikationsprojekte sowie wirtschaftspolitische Beratung. Um diese Aktivitäten in geordneten rechtlichen Bahnen abwickeln zu können, haben mein Bruder und ich eine Firma gegründet: CREMA – Center for Research in Economics, Management and the Arts. Auch hier taucht wieder die Zahl 3 auf. Sie sehen, meine Damen und Herren, aus dem alten Professor wird ein Jungunternehmer.
 - Zum Schluss noch Worte des Dankes:
 - Mein Dank geht zunächst an alle, die mich als Studierende, Assistierende, Fach- und Kommissionskollegen, Beratene, Mitstreiter usw., begleitet, angespornt und unterstützt haben.
 - Ein besonderer Dank gilt Ihnen, meine Damen und Herren, die zu meiner Abschiedsvorlesung gekommen sind.
 - Ich danke besonders herzlich meiner Frau, die mir – nunmehr ebenfalls seit vier Jahrzehnten – mustergültig den Rücken frei gehalten hat, damit ich mich ungestört der Wirtschaftspolitik widmen konnte.
 - Und ich danke Stefan Schaltegger, Christoph Schaltegger, Markus Gmünder, Christoph Kilchenmann, Nicolai Krautter, Doris Aebi und allen anderen guten Geistern, welche meine Abschiedsvorlesung organisiert und noch ein paar Überraschungen vorbereitet haben, von denen ich nicht weiss, um was es geht.
- Kurz zusammengefasst:
Dank Euch allen hatte ich einen Superjob!

Nachtrag:

Im Anschluss an die Abschiedsvorlesung fand zu meiner Überraschung ein Bankett im Hotel Drei (!) Könige statt, an dem mir unter anderem eine Festschrift überreicht wurde: Stefan Schaltegger und

Christoph A. Schaltegger (Hrsg.): Perspektiven der Wirtschaftspolitik. Festschrift zum 65. Geburtstag von Prof. Dr. René L. Frey. Zürich: vdf Hochschulverlag 2004, XIV, 777 Seiten.

